

1 **Ökonomie und Ökologie in Verantwortung für Wedel**

2 **Vertrag zur Zusammenarbeit in der**

3 **Kommunalpolitik Wedel 2008 – 2013**

4 **zwischen GRÜNEN und CDU**

5 **Präambel**

7 Die GRÜNEN Wedel und die CDU Wedel vereinbaren für die Wahlperiode des Rates der
8 Stadt Wedel 2008 – 2013 eine Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik. CDU und GRÜNE
9 verstehen das Wahlergebnis vom 25. Mai 2008 als Auftrag, mit einer stabilen Mehrheit in der
10 Ratsversammlung Wedel für die Jahre 2008 bis 2013 eine zukunftsfähige Politik für unsere
11 Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.

12
13 Beide Partner haben das Ziel, in einer festen Kooperation die Entwicklung der Stadt Wedel
14 auch in wirtschaftlich und finanziell schwierigen Zeiten nachhaltig zu fördern und die Le-
15 bensqualität für alle zu verbessern.

16
17 Unser gemeinsames politisches Handeln wird bestimmt durch aktivierende Bürgerbeteili-
18 gung, Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Gerechtigkeit der
19 Geschlechter, Haushaltssanierung, Wachsen in Qualität (Leitbild Stadt Wedel)

20
21 Schwerpunkte unserer Politik für die nächsten fünf Jahre sollen sein:

- 22 • Aktivierung der direkten Bürgerbeteiligung z. B. durch Nutzung moderner Instrumen-
23 te wie der Planungswerkstatt
- 24 • Attraktivitätssteigerung der Bahnhofstraße und des Rathausplatzes
- 25 • Verkehrsentlastung in Wedel, insbesondere in der Altstadt
- 26 • Stärkung des Elternwillens bei der Schulwahl für die Kinder
- 27 • Attraktivitätssteigerung der Stadt Wedel für Familien mit Kindern
- 28 • Verbesserung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Wedel
- 29 • Nachhaltigkeit bei der Stadtentwicklung im Hinblick auf ein Wachstum mit Qualität
30 gemäß dem Leitbild der Stadt Wedel
- 31 • Sicherung des strategischen Vermögens und der Einnahmen der Stadt Wedel
- 32 • Abwägen aller Investitionsvorhaben im Hinblick auf Nachhaltigkeit und langfristige
33 Wirtschaftlichkeit (life cycle costs)

34
35 Kommunale Politik soll auch für die nachfolgende Generation gestaltbar sein. Wir wollen
36 Wedel modernisieren durch

- 37 • die Wiederbelebung der Bürgerbeteiligung und des bürgerlichen Engagements für
38 das Leitbild der Stadt,

- 39 • die Schaffung von Transparenz und Nachvollziehbarkeit von politischen Entschei-
40 dungen und
41 • das Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip.

42

43 CDU und GRÜNE beginnen die Kooperation unter schwierigen finanziellen Bedingungen.
44 Deshalb stehen alle in dieser Vereinbarung angeführten kostenverursachenden Vorhaben
45 unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Oberziel muss sein, die Verschuldung der Stadt
46 Wedel zurückzuführen, zumindest zu stabilisieren. Für die investiven Ausgaben verabreden
47 die Parteien, rechtzeitig für die Beratungen des Haushaltes 2009 alle Vorhaben zu priorisie-
48 ren.

49

50

51 **1. Organisatorisches, Verfahrensfragen**

52 Im Bestreben, eine gemeinsame Politik für die Stadt Wedel in den Jahren 2008 bis 2013 zu
53 gestalten, vereinbaren CDU und GRÜNE grundsätzlich, dass Anträge und Initiativen in der
54 Ratsversammlung und in den Ausschüssen zwischen den Fraktionen abgestimmt werden.
55 Hierbei soll im Konsens ein gemeinsamer Weg gefunden werden. Beide Partner tragen für
56 die gemeinsame Politik auch gemeinsam die Verantwortung. Wechselnde Mehrheiten im Rat
57 und den Ausschüssen sind daher grundsätzlich ausgeschlossen.

58

59 Sachthemen und Problemstellungen, die sich nach Abschluss dieses Vertrages ergeben,
60 werden ebenfalls mit dem Ziel erörtert, einen Konsens zu erreichen.

61

62 Bei aufkommenden Fragen, die in diesem Vertrag nicht geregelt sind und bei denen Unei-
63 nigkeit herrscht, wird wie folgt vorgegangen:

- 64 1. Versuch der Einigung unter den Fachsprechern.
- 65 2. Besprechung im Vertragsausschuss (Fraktionsspitzen und Parteivorsitzende).
66 Der Vertragsausschuss bereitet die monatliche Ratsversammlung vor.
- 67 3. Schlichtungsversuch durch Hinzuziehen weiterer Parteimitglieder mit Sachkom-
68 petenz.

69

70 Für alle in diesem Vertrag nicht genannten und sich möglicherweise künftig ergebenden
71 Probleme soll nach diesem Grundsatz eine gemeinsame Lösung entwickelt werden.

72

73 Beide Parteien sind sich darüber einig, dass ihre jeweilige Rolle an und in der Kreis-, der
74 Landes- bzw. Bundespolitik von diesem Vertrag nicht berührt wird.

75

76 Es wird vereinbart, dass Gespräche zwischen der Ratsversammlung Wedel und der Be-
77 zirksversammlung Altona inklusive der jeweiligen Verwaltungen zur Klärung gemeinsamer
78 kommunaler Probleme stattfinden sollen.

79

80 Für die Besetzung der Ausschüsse und der sonstigen Gremien wird eine gesonderte Ver-
81 einbarung getroffen.

82

83

84 **2. Aktivierung der Bürgerbeteiligung**

85 Die Vertragspartner sehen das Wahlergebnis als Aufforderung, die notwendigen Instrumente
86 für ein stärkeres Engagement der Bürgerinnen und Bürger bei der Weiterentwicklung ihres
87 Lebensumfeldes in der Stadt zu schaffen und auch zu nutzen.

88

89 Dazu wird von den Ausschussvorsitzenden, die von den Vertragspartnern gestellt werden,
90 das Instrument der Anhörung von Bürgerinnen und Bürgern während der Verhandlung von
91 Tagesordnungspunkten konsequent genutzt. Ein störungsfreier Ablauf der Sitzung muss
92 dabei gewährleistet bleiben, zeitliche Verzögerungen werden in Kauf genommen im Interes-
93 se der Nutzung der Sachkompetenz und des persönlichen Engagements der Bürgerinnen
94 und Bürger.

95

96 Für Planungsprojekte der Stadt soll zugunsten der Vergabe von kostenpflichtigen Gutachten
97 an externe Gutachter das Instrument der Planungswerkstatt/Planungszelle eingesetzt wer-
98 den. Die Entscheidungskompetenz der Politik wird dadurch nicht verlagert. Das kostspielige
99 Gutachterwesen wird aber auf das erforderliche Maß zu Gunsten des Engagements sach-
100 kompetenter Bürgerinnen und Bürger reduziert.

101

102

103 **3. Verkehr**

104 Die Vertragspartner streben in der Verkehrspolitik für die Stadt Wedel eine konfliktfreie Auf-
105 teilung des Verkehrsraums zwischen Autoverkehr, Radfahrern, Fußgängern, ruhendem Ver-
106 kehr und Grün an, bei der die Belange und Möglichkeiten Aller gleichermaßen berücksichtigt
107 und ausgeglichen werden müssen. CDU und GRÜNE sind sich bewusst, dass eine Ver-
108 kehrspolitik, die den Radverkehr und den ÖPNV stärkt, auch dem Autoverkehr Vorteile ver-
109 schafft, weil sich die Nutzer besser aufteilen und so den Autoverkehr entlasten. Mobilität ist
110 dabei für jeden einzelnen Verkehrsträger (Auto, ÖPNV, Fahrrad und Fußgänger) zu fördern,
111 jedoch keinesfalls auf Kosten der jeweils anderen Verkehrsträger. Alle Maßnahmen müssen
112 das Ziel haben, die Mobilität insgesamt zu verbessern.

113

114 Die Vertragspartner vereinbaren, dass

- 115 • eine ergebnis- und themenoffene Planungswerkstatt für die Nordumgehung unter
116 Teilnahme von Experten, Anwohnerinnen und Anwohnern, Entscheidungsträgern

117 und Vertretern der Fraktionen nach den Sommerferien 2008 die Arbeit aufnimmt und
118 bis zum 31.03.2009 abschließt. Die Moderation wird öffentlich ausgeschrieben und
119 die Auswahl der Moderation erfolgt unter Beteiligung der Anwohnerinnen und An-
120 wohner (Bürgerinitiative Nordumgehung, Verein für die Gestaltung des Straßen-
121 durchgangsverkehrs) und der Politik. Maßnahmen und Veränderungen sollen ge-
122 meinsam von beiden Vertragspartnern erarbeitet und akzeptiert werden. Sie setzen
123 sich für deren Umsetzung ein. Das Planfeststellungsverfahren wird erst danach ein-
124 geleitet. Wesentlicher Inhalt der Planungswerkstatt ist die Entwicklung der innerstäd-
125 tische Wohn- und Verkehrssituation und die Umwelt- und Schadstoffbelastung an
126 der Nordumgehung. Ziel ist eine von allen Beteiligten akzeptierte dauerhafte Lösung
127 zu finden, die Grundlage für das Planfeststellungsverfahren ist.

- 128 • die Verkehrsentslastung der Altstadt Wedel wird in Zusammenhang mit der Realisie-
129 rung der Nordumgehung vorgenommen.
- 130 • eine Attraktivitätssteigerung der Bahnhofstraße und des Rathausplatzes erfolgt in
131 Verbindung mit verkehrlenkenden Systemen zur Reduzierung des Individualver-
132 kehrs und Schaffung von zentrumsnahen Parkflächen im Bereich Rathausplatz und
133 Schulauer Marktplatz.
- 134 • Radwege alltagstauglich erhalten und ggf. ausgebaut werden sollen. Radwege sol-
135 len nicht einseitig zu Lasten von Fußwegen geplant werden.
- 136 • dass noch im Herbst 2008 die Einbahnstraßen Hübüschentwiete und Spitzerdorf-
137 straße und die Radwege entlang der Rissener Straße für den Radverkehr in Gegen-
138 richtung freigegeben werden.
- 139 • auf Investitionsvorhaben mit Schaffung neuer Verkehrswege wie z. B. der Mühlen-
140 teichbrücke oder der Brücke über die Wedeler Au in der Marsch solange verzichtet
141 wird, bis die Auswirkungen der Verkehrsentslastung in der Altstadt, der Nordumge-
142 hung und der Umgestaltung der Bahnhofstraße erkennbar sind.
- 143 • die Stadt Wedel sich am Kreisprojekt der ÖPNV-Beschleunigung beteiligt mit dem
144 Ziel, noch im Jahr 2008 eine Busanbindung des Fachmarktzentriums am östlichen
145 Stadteingang (Familia usw.) durch die Buslinie 189 zur realisieren. Ein entsprechen-
146 der Prüfauftrag an die Verwaltung wird in der Juli-Sitzung des Planungsausschusses
147 erteilt.
- 148 • die ÖPNV-Anbindung der Moorwegsiedlung in Richtung S-Bahnhof noch in 2008 in
149 den Hauptverkehrszeiten verbessert wird, um den Anschluss an die S-Bahn sicherzu-
150 stellen. Die Vertragsparteien werden die notwendigen Mittel für eine nachhaltige und
151 wirtschaftliche Lösung im Haushalt bereitstellen. Ein entsprechender Prüfauftrag an
152 die Verwaltung wird in der Juli-Sitzung des Planungsausschusses erteilt.

153
154
155

- 155 Die Vertragspartner setzen sich gemeinsam dafür ein, dass
- 156 • die Parksituation am S-Bahnhof nachhaltig entschärft wird durch Bereitstellung eines
 - 157 Fahrradparkhauses und weiterer P+R-Parkplätze, die möglichst kostenfrei nutzbar
 - 158 bleiben für ÖPNV-Nutzer.
 - 159 • ein zusätzlicher S-Bahnhof im Bereich der Ölweiche geschaffen wird zur besseren
 - 160 Anbindung der Moorwegsiedlung und des Fachmarktzentrums/Diskotheek. Die Ver-
 - 161 tragsparteien streben an, bis 2013 eine Finanzierung sicherzustellen und den Bau
 - 162 der S-Bahn-Haltestelle in der Wahlperiode 2013 bis 2018 zu realisieren.
 - 163 • bei Ausbaumaßnahmen, auch als Hinterbebauung, eine bedarfsgerechte Anzahl von
 - 164 Stellplätzen (2 pro Einfamilienhaus, 1,5 pro Einheit im Geschossbau) auf den
 - 165 Grundstücken oder in von den Grundeigentümern geschaffenen Quartiersgaragen
 - 166 zur Verfügung gestellt werden sollen. Entsprechende Regelungen werden in den
 - 167 Bauleitplänen berücksichtigt.
 - 168 • der 10 Minuten Takt auf der S 1 ab 13:00 Uhr zwischen Blankenese und Wedel
 - 169 eingerichtet wird, um dem Schüleraufkommen gerecht zu werden.
 - 170 • am Wochenende der Nachtbetrieb der S-Bahn bis Wedel verlängert wird.
 - 171 • die S-Bahn-Strecke von Wedel bis Blankenese durchgehend zweigleisig ausgebaut
 - 172 wird.
 - 173 • zur Reduzierung der Betriebskosten und zur Verbesserung des Verkehrsflusses für
 - 174 alle gleichberechtigten Verkehrsteilnehmer die Ampelanlagen im Stadtgebiet konse-
 - 175 quent reduziert werden zu Gunsten von Kreisverkehren oder Fußgängerüberwegen
 - 176 und Kreuzungen ohne besondere Vorfahrtregelungen.
 - 177 • an weiter bestehenden Ampelanlagen die Nutzung des grünen Pfeils vorrangig
 - 178 vorgesehen wird.
 - 179 • mindestens ein Projekt zu gemeinsam genutzten Verkehrswegen (shared space) in-
 - 180 nerhalb der Wahlperiode realisiert werden soll.
 - 181 • alle Einbahnstraßen dahingehend überprüft werden, ob sie in Gegenrichtung für den
 - 182 Radverkehr freigegeben werden können.
 - 183 • das Radwegekonzept fortgeschrieben wird.
 - 184 • bei der Neugestaltung von Straßen mit Buslinien die aktuellen Entwicklungen zur
 - 185 Attraktivitätssteigerung des ÖPNV für alle Personengruppen berücksichtigt werden.
 - 186 • die Elektromobilität in Wedel nach Kräften zu fördern z. B. durch Ausrüstung neuer
 - 187 Parkplätze mit Steckdosensystemen, Parkgebührenbefreiung für Elektrofahrzeuge,
 - 188 Bereitstellung von Car-Sharing-Parkplätzen für Elektrofahrzeuge auf öffentlichem
 - 189 Grund in allen Stadtteilen, möglichst in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken und
 - 190 dem Klimaschutzfonds Wedel e.V.

191

192

193

193 4. Stadtentwicklung

194 In der Entwicklung der Stadt Wedel orientieren sich die Vertragspartner am Leitbild der Stadt
195 Wedel, das im Sinne eines nachhaltigen Wachsens in Qualität mit einzelnen Projekten in
196 den kommenden 5 Jahren umgesetzt werden soll.

197

198 Dazu vereinbaren die Vertragspartner, dass

- 199 • eine Attraktivitätssteigerung der Stadt Wedel für Familien mit Kindern durch maßvol-
200 le Grundstücksgrößen in den Neubaugebieten erzielt werden soll in der Größenord-
201 nung von etwa 500 m².
- 202 • Präferenzen für Angehörige von Wedeler Bürgerinnen und Bürgern durch ein zu
203 schaffendes Vergabesystem für städtische Grundstücke geschaffen wird.
- 204 • insbesondere die Gewinnung von jungen Familien auf städtische Grundstücke in
205 Neubaugebieten besonders gefördert werden soll.
- 206 • eine Nachhaltigkeit bei der Stadtentwicklung durch Ausgleich innerhalb der
207 Neubaugebiete mit Grüngürteln und Wasserflächen sichergestellt wird.
- 208 • eine Bebauung des nördlichen Hafenkopfes des Schulauer Hafens ein wesentlicher
209 Bestandteil für die Finanzierung der Hafeninfrastruktur für die Wedeler Bürgerinnen
210 und Bürger ist. Die Existenz des Hafens als Einrichtung in städtischer Hand wird ge-
211 sichert. Das Gebäude des Hafentors wird im Hinblick auf die Architektur neu über-
212 plant unter Berücksichtigung der erforderlichen Bruttogeschossfläche von etwa
213 8.000 m² und einer Höhenbegrenzung in der Größenordnung des ursprünglichen
214 Wettbewerbentwurfs.
- 215 • im vorgesehenen Treppenviertel an der maritimem Meile die Sichtachsen und We-
216 geverbindungen bei der Realisierung analog dem Wettbewerbskonzept erhalten
217 bleiben.
- 218 • das Achsenkonzept für die Bebauung des Ladiges Park realisiert wird. Die Finanze-
219 rung wird vorrangig über die Investoren sichergestellt; eine Beteiligung der Stadt für
220 den Weg in Ladiges Park ist so gering wie möglich zu halten und darf 200.000 EUR
221 nicht überschreiten.
- 222 • in Neubaugebieten eine zentrale Wärmeversorgung mit Kraft-Wärmekopplung und
223 innovativen Wärmespeichern geschaffen wird. Einzelheizungen, auch auf Erdwär-
224 mebasis, werden in den Bauleitplänen ausgeschlossen mit Ausnahme von Kaminen.

225

226 Die Vertragspartner sehen angesichts der Entwicklung der Energiepreise den Bedarf für eine
227 Nutzung aller Wärmequellen im Stadtgebiet und die Schaffung eines zentralen Wärmenet-
228 zes zur Verteilung an die Verbraucher.

229

230

230 Insbesondere werden sich die Vertragspartner durch geeignete politische Beschlüsse dafür
231 einsetzen, dass

- 232 • eine Verknüpfung der zukünftig geschaffenen lokalen Wärmenetze zu einem flächendeckenden Wärmenetz für die Stadt Wedel ohne Verzögerung realisiert wird.
- 233
- 234 • die bei der Laub- und Strauchaktion anfallenden Reststoffe für die Wärmeerzeugung
235 genutzt werden.
- 236 • das künftige Wärmenetz so konzipiert und betrieben wird, dass lokal erzeugte Wärme
237 (z. B. aus solarthermischen Anlagen oder Prozesswärme aus der Industrie) vom
238 Wärmenetzbetreiber abgenommen und angemessen vergütet wird.
- 239 • das Energiekonzept für Wedel aus dem Jahr 1988 unverzüglich durch den UBF fort-
240 geschrieben wird unter Berücksichtigung obiger Vorgaben, des Einsatzes von er-
241 neuerbaren Energien, Nachhaltigkeitsgesichtspunkten und Ressourcenverfügbar-
242 keit. Die Stadtwerke Wedel und ein von der Energiewirtschaft unabhängiger Gut-
243 achter werden einbezogen.

244

245 Der Schulauer Hafen ist im Frühjahr 2008 für 200.000 EUR auf Kosten der Wedeler Bürge-
246 rinnen und Bürger von den nach der letzten Elbvertiefung in erheblichem Umfang ange-
247 geschwemmten Sedimenten befreit worden. Derzeit stellt die Hamburg Port Authority und das
248 WSA Hamburg im Rahmen der Unterhaltung der Bundeswasserstraße als Versuch vor We-
249 del eine so genannte „Schlickfalle“ in Form einer zusätzlichen Vertiefung in der Fahrrinne
250 her. Bislang können weder die Stadt noch HPA/WSA sicherstellen, dass damit der Sedi-
251 menteintrag in den Wedeler Hafen nicht weiter erhöht wird.

252

253 Zur Sicherung der Ansprüche der Stadt gegen den Betreiber der Bundeswasserstraße wer-
254 den CDU und Grüne gemeinsam in der Sitzung des Planungsausschusses im Juli 2008 die
255 Verwaltung auffordern, ein Beweissicherungsverfahren zu beantragen.

256

257 Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass Lärm eine wesentliche gesundheitliche
258 Beeinträchtigung und Einschränkung der Lebensqualität darstellen kann. Die immer noch
259 steigende Belastung der Stadtbevölkerung, gerade auch im Hamburger Umland, durch Lärm
260 ist ein wichtiges politisches Handlungsfeld der nächsten fünf Jahre. CDU und GRÜNE set-
261 zen sich gemeinsam für eine konsequente Lärminderungsplanung auf der Basis der in der
262 letzten Wahlperiode aufgrund von EU-Vorgaben erhobenen Lärmdaten ein.

263

264

265 **5. Bildung und Jugend**

266 Die Vertragspartner sehen den Elternwillen vorrangig für die Auswahl der weiterführenden
267 Schulen in Wedel. Darum werden alle nach dem Schulgesetz möglichen Angebote von wei-
268 terführenden Schulen in Wedel bereitgehalten und jeweils kurzfristig fortentwickelt entspre-

269 chend der Nachfrage der Eltern. Die Vertragspartner werden keine lokalen politischen Aktio-
270 nen in Wedel unternehmen, um den Elternwillen zu beeinflussen.

271 In diesem Sinne vereinbaren die Vertragspartner, dass

- 272 • vor der endgültigen Entscheidung über die Gründung einer Regionalschule in Wedel
273 im Herbst 2008 eine Elternbefragung wie in Pinneberg durchgeführt wird, die dann
274 bei der politischen Entscheidung Berücksichtigung finden wird.
- 275 • bis zum Schuljahr 2010 die Aufnahmebegrenzung für die Gesamtschule/Gemein-
276 schaftsschule auf 100 Plätze beseitigt wird. Dazu wird vorrangig eine räumliche Ko-
277 operation mit der Ernst-Barlach-Schule bzw. der Theodor-Storm-Schule angestrebt.

278

279 CDU und GRÜNE sehen in der Schaffung des Ganztagsangebotes an allen Schulen und
280 Kindertagesstätten eine wirkungsvolle Möglichkeit, beiden Elternteilen eine Vollzeittätigkeit
281 zur Sicherung des Familieneinkommens zu ermöglichen. Darum werden die Vertragspartei-
282 en die bedarfsgerechte Weiterentwicklung entsprechend den Elternwünschen mit den erfor-
283 derlichen politischen Beschlüssen unterstützen.

284

285 Die Vertragspartner setzen sich dafür ein, dass

- 286 • das Ganztagsangebot an allen Schulen vorgehalten und attraktiv gestaltet wird
287 durch Einsatz pädagogisch geschulter Fachkräfte. Das Angebot muss dabei deutlich
288 über eine Bereitstellung von Mittagessen und Hausaufgabenbetreuung hinausge-
289 hen.
- 290 • in allen Stadtteilen eine bedarfsgerechte Anzahl von Ganztagsbetreuungsplätzen in
291 Kindertagesstätten angeboten werden und bei der Gestaltung der Nutzungszeiten
292 die Elternwünsche im Vordergrund stehen.

293

294 Kinder können schon sehr früh für politische Fragestellungen interessiert werden, wenn sie
295 in die für sie relevanten Fragestellungen eingebunden werden. So lernen sie ihre Interessen
296 zu artikulieren und sich für die eigenen Bedürfnisse einzusetzen. Daher garantiert die Ge-
297 meindeordnung Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche in der Kommunalpolitik. CDU
298 und GRÜNE nehmen diese Regelung auf und setzen sich dafür ein, ein Kinder- und Ju-
299 gendparlament für Wedel in 2009 in Zusammenarbeit mit den Wedeler Jugendhilfeeinrich-
300 tungen einzurichten. Die notwendigen vorbereitenden Maßnahmen werden noch in 2008 im
301 Ausschuss für Jugend und Soziales veranlasst.

302

303 Angesichts der guten Erfahrungen mit dem Streifendienst am Wochenende auf der Rissener
304 Straße im Hinblick auf eine Deeskalation zwischen den Jugendlichen setzen sich CDU und
305 GRÜNE für eine konsequente Fortsetzung dieses Projektes ein, verbunden mit einer jährli-
306 chen Bedarfs- und Qualitätsprüfung. Die notwendigen Haushaltsmittel werden durch ge-
307 meinsame Anträge bereitgestellt. Wir werden uns dafür einsetzen, die gastronomischen
308 Betriebe an der Rissener Straße für eine Beteiligung an den Kosten zu gewinnen und ggf.
309 auch die Einführung einer entsprechenden Satzung prüfen.

310 **6. Integration und Soziales**

311 CDU und GRÜNE sehen einen Spracherwerb als vorrangige Maßnahme für eine erfolgrei-
312 che Integration der Migrantinnen und Migranten in der Wedeler Gesellschaft. Dies werden
313 die Vertragspartner unterstützen durch Bereitstellung der notwendigen Mittel für

- 314 • ein Angebot an integrativen Kindergartenplätzen,
- 315 • ein gezieltes Ansprechen der neu zugezogenen Migrantinnen zum Erwerb der deut-
316 schen Sprachkenntnisse.

317
318 Dabei steht für die Vertragspartner eine Organisation der Integrationsmaßnahmen auf
319 Selbsthilfebasis durch die Einrichtungen der Migrantinnen und Migranten wie Moscheeverei-
320 ne oder den türkischen Elternbund im Vordergrund.

321
322 Zur Koordinierung der Migrationsaufgaben setzen sich CDU und GRÜNE für die Schaffung
323 eines festen Ansprechpartners in der Stadtverwaltung ein, indem diese Aufgabe bei der an-
324 stehenden Neubesetzung der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten mit berücksichtigt wird.

325
326 Wir wollen die Gleichberechtigung der Geschlechter in unserer Politik für Wedel verwirkli-
327 chen. Wir wissen, dass Frauen und Männer von Entscheidungen unterschiedlich betroffen
328 sind.

329
330 Die Vertragspartner werden gemeinsam aktive Politik für Menschen mit Behinderungen in
331 Wedel machen und dabei folgende Ziele verfolgen:

- 332 • Alle öffentlichen Gebäude sind behindertengerecht zu bauen, sowohl beim Neubau
333 als auch beim Umbau.
- 334 • Die Stadtverwaltung soll möglichst die Zahl der schwerbehinderten Beschäftigten
335 erhöhen – Ablösesummen sind behindertenfeindlich.
- 336 • Die uneingeschränkte Teilnahme Behinderter am öffentlichen Leben und am allge-
337 meinen Freizeitangebot muss in Wedel gewährleistet werden.

338
339 CDU und GRÜNE unterstützen das Angebot der freien Träger in Wedel für eine Schuldner-
340 beratung und sind bereit, dies mit einer entsprechenden Leistungsvereinbarung bedarfsge-
341 recht auszubauen.

342
343 Die begrenzten städtischen Möglichkeiten für eine Gesundheitspolitik von unten (z.B. ambu-
344 lante Pflege- und Versorgungseinrichtungen, gesundheitliche Beratungs- und Präventions-
345 angebote) müssen genutzt und ausgebaut werden. Die Vertragsparteien unterstützen die
346 Maßnahmen zur Bekämpfung von Suchtkrankheiten, insbesondere, um den Ausstieg aus
347 Alkohol- und Drogensucht zu erleichtern. Ziel der Prävention ist es, den Menschen soweit
348 möglich ein Leben frei von Abhängigkeiten zu ermöglichen.

349

350 Die Vertragspartner werden sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die Wedeler Politik im
351 Aufsichtsrat der Regio-Kliniken vertreten ist mit dem Ziel, den Standort des Wedeler Kran-
352 kenhauses langfristig zu sichern.

353
354 Der Hilfe zur Selbsthilfe wird in allen Bereichen der Sozial- und Jugendhilfe Vorrang einge-
355 räumt, dies gilt auch für den Gesundheitsbereich. Durch das Subsidiaritätsprinzip und die
356 Rechte zur Mitgestaltung des Sozialstaates nehmen die Freien Träger einen wichtigen Platz
357 in der Gestaltung des sozialen Gemeinwesens ein. Wir wollen eine Schwerpunktsetzung
358 zugunsten der freien Träger und der Kirchen. Dazu gehört aber auch die Prüfung der Finan-
359 zierbarkeit der sozialen Arbeit.

360

361

362 **7. Senioren und Pflege**

363 Die Selbsthilfe und Selbstorganisationspotentiale alter Menschen sind zu stärken. Senioren-
364 beiräte und auch nicht organisierte ältere Menschen sind in die Stadtplanung (z. B. betreutes
365 Wohnen, neue Wohnformen wie „Alt und Jung“) mit einzubeziehen.

366

367 Ziel der Seniorenpolitik von CDU und GRÜNEN ist es, das die Senioren so lange wie mög-
368 lich ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Wohnung führen können.

369

370 Wenn Pflege erforderlich wird, ist auf ein qualitativ hochwertiges Angebot zu achten, das die
371 verbliebenen Möglichkeiten berücksichtigt und aktiviert. Gute, menschenwürdige Pflege ist
372 keine Gnade, sondern ein Recht alter Menschen.

373

374 Die Vertragsparteien werden generationenübergreifende Wohnprojekte aktiv unterstützen.

375

376

377 **8. Stadtwerke**

378 Die Stadtwerke Wedel haben sich in den letzten Jahren zu einem attraktiven konzernfreien
379 Anbieter von Energiedienstleistungen entwickelt. Diesen Weg werden die Vertragsparteien
380 voll unterstützen, um langfristig die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger der
381 Stadt Wedel durch ein eigenständiges städtisches Unternehmen im Wettbewerb zu sichern.

382

383 In diesem Sinne vereinbaren die Vertragspartner, dass

- 384 • die Eigenständigkeit der Stadtwerke als Unternehmen der Stadt Wedel und ihrer
385 Bürgerinnen und Bürger erhalten bleibt.
- 386 • die Stadtwerke von einem Energieverteiler zu einem Energieerzeuger weiterentwi-
387 ckelt werden unter Einbeziehung von erneuerbaren Energien (vorrangig Windkraft
388 und Wasserkraft) und lokaler Kraft-Wärme-Kopplung.

- 389
- 390
- 391
- 392
- 393
- 394
- 395
- 396
- 397
- 398
- die Entscheidungen über sämtliche Investitionsvorhaben der Stadtwerke auf der Basis von Gutachten hinsichtlich Nachhaltigkeit, Ressourcenverfügbarkeit und Wirtschaftlichkeit über den gesamten Investitionszeitraum gefällt werden. Die Gutachter dürfen keine Verbindung zur Energiewirtschaft haben; geeignet sind z. B. Ludwig-Bölkow-Systemtechnik, Bremer Energie-Institut, Arrhenius-Institut Hamburg, Öko-Institut.
 - der CO₂-freie Strombezug auf alle Wedeler Kunden ausgedehnt und dauerhaft bereitgestellt wird.
 - für Härtefälle anstelle von Stromsperrern die Nutzung von Münzzählern oder Kartenzählern obligatorisch vorgesehen wird.

399

400 Die Vertragspartner werden die Kooperation der Stadtwerke mit anderen konzernunabhängigen Stadtwerken fördern und die notwendigen personellen und sachlichen Mittel dafür zur Verfügung stellen.

403

404 Die Vertragspartner unterstützen gemeinsam die Stadtwerke in dem Bestreben, neue Geschäftsfelder zu erschließen, die mit dem Bestimmungszweck eines kommunalen Unternehmens im Hinblick auf die Daseinsvorsorge für die Wedeler Bürgerinnen und Bürger vereinbar sind, wie z. B. die Errichtung von Nahwärmenetzen in Neubaugebieten mit lokaler Kraft-Wärmekopplung.

409

410 Die Vertragspartner werden sich gemeinsam dafür einsetzen, dass die Stadtwerke alle in der Stadt Wedel anfallende Energie (z. B. Strom oder Wärme aus industriellen Prozessen, solarthermischen Anlagen, PV-Anlagen, Biomasseanlagen) unabhängig vom Erzeuger diskriminierungsfrei zu angemessenen Preisen ankauft.

414

415

416 **9. Finanzen**

417 In der letzten Wahlperiode wurden erhebliche in die Zukunft gerichtete Sanierungsanstrengungen unternommen, damit die Stadt als Schulträger den Schulkindern angemessene Arbeitsräume für ein erfolgreiches Lernen zur Verfügung stellen konnte.

420

421 Diesen Weg wollen CDU und GRÜNE weiter fortsetzen. Dazu vereinbaren die Vertragspartner, dass

- 423
- 424
- 425
- die Verwaltung angehalten wird, eine konsequente vorbeugende Instandhaltung in den Budgets vorzusehen, um den Wert der städtischen Anlagen und Einrichtungen zu sichern.

426 • bei den Haushaltsberatungen ein Vorrang für vorbeugende Instandhaltung an vor-
427 handenen städtischen Anlagen und Einrichtungen gewahrt bleibt vor konsumptiven
428 Ausgaben und neuen Investitionen.

429 • alle Investitionsvorhaben im Hinblick auf Nachhaltigkeit und langfristige Wirtschaft-
430 lichkeit über die Lebensdauer (life cycle costs) bewertet werden.

431

432 CDU und GRÜNE wollen das städtische Vermögen sichern und weiterentwickeln. Um dazu
433 das geeignete Bewertungsinstrumentarium für die Politik zu erhalten, setzen wir uns konse-
434 quent für die Einführung des doppischen Haushalts ein.

435

436 Die Vertragspartner setzen sich dafür ein, dass die Wertermittlung des städtischen Eigen-
437 tums unverzüglich unter realistischen Bedingungen vorgenommen wird und schon bis Ende
438 2009 vorliegt.

439

440 CDU und GRÜNE sind sich einig, dass zur langfristigen Sicherung der freiwilligen Leistun-
441 gen für die Wedeler Bürgerinnen und Bürger im bisherigen Umfang das strategische kom-
442 munale Vermögen der Stadt, wie z. B. Grundstücke, Schulen, Stadtwerke, gesichert und alle
443 Einnahmequellen herangezogen werden müssen sowie die freiwilligen Leistungen durch
444 Leistungsvereinbarungen gesichert werden.

445

446 Dazu vereinbaren die Vertragspartner, dass

447 • das strategische kommunale Vermögen der Stadt, z. B. Grundstücke für die Gewin-
448 nung von jungen Familien oder Gewerbebetrieben, Schulen, die Stadtwerke vorran-
449 gig im Eigentum der Stadt verbleiben. Eine Beteiligung Dritter kann im Rahmen von
450 öffentlich-privaten Partnerschaften (PPP, ÖPP) erfolgen, wenn das Vermögen der
451 Stadt gesichert bleibt.

452 • eine Sicherung der Einnahmen der Stadt erfolgt durch

453 • Erweiterung des Anwendungsbereiches der Infrastrukturabgabe auf die Ver-
454 marktung von schon als Wohngebiet ausgewiesenen Flächen,

455 • Beibehaltung eines Gewerbesteuerhebesatzes im Bereich des Nivellierungs-
456 satzes unter Berücksichtigung der Wedeler Standortnachteile,

457 • Einbeziehung der Parkraumbewirtschaftung,

458 • zeitnahe Abrechnung der Anliegerkosten für städtische Baumaßnahmen.

459 • jede Art von freiwilligen Leistungen nur gegen eine Leistungsvereinbarung mit re-
460 produzierbaren Leistungskriterien und unter Festlegung von Maßnahmen bei Nicht-
461 erfüllung gewährt werden.

462

463 Die Debatten in der letzten Wahlperiode um städtische Bauvorhaben, die eine Kostenbeteili-
464 gung der Anlieger auslösen, haben gezeigt, dass eine rechtzeitige und umfassende Informa-
465 tion und Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger unerlässlich ist. Die Vertragsparteien
466 werden gemeinsam in diesem Sinne auf die Verwaltung einwirken und darauf hinwirken,

